

Reaktion zur Ankündigung von Bildungsdirektor Himmer zur Neuaufteilung von Ressourcen von AHS/BMHS hin zu Pflichtschulen

„Wir werden das, was wir bekommen, neu aufteilen: Belastete Schulen sollen mehr Geld bekommen“, kündigt Bildungsdirektor Himmer an. Bei dieser Neuaufteilung sollen vor allem Bundesschulen mit weniger Problemen und guten Leistungen weniger Ressourcen bekommen. Diese für die AHS und BMHS existenzgefährdende Drohung steht im Raum.

Die Situation an den AHS- und BMHS-Standorten in Wien ist aber bereits jetzt sehr angespannt. Im Augenblick wechseln mehr als die Hälfte der Wiener VolksschülerInnen an eine AHS. In Unterstufenklassen sind 29 SchülerInnen keine Seltenheit. Die Mär, dass nur Kinder aus begüterten, gut bürgerlichen, deutschsprachigen Familien in diesen Klassen sitzen, stimmt schon lange nicht mehr. An vielen Standorten überwiegen Kinder mit anderen Muttersprachen und ähnlichem sozialem Hintergrund wie Kinder an NMS-Standorten. Regelmäßig müssen Elternvereine finanzielle Unterstützung bieten damit die Teilnahme an Schulveranstaltungen für alle Kinder möglich.

Schon jetzt gibt es eine Ungleichbehandlung von Pflicht- und Bundesschulen in Wien. So ist Schulsozialarbeit nur in (einigen) Pflichtschulen angekommen. Für den Eintritt ins Bad für den verpflichteten Schwimmunterricht oder für das Eislaufen müssen „AHS-Eltern“ im Gegensatz zu „Pflichtschuleltern“ ebenfalls aufkommen. Der Verband der Elternvereine an den Höheren und Mittleren Schulen fordert daher schon lange eine Gleichstellung aller Schülerinnen und Schüler, denn die Bildung aller Kinder sollte der Gesellschaft gleich viel wert sein.

Wenn der AHS/BMHS Ressourcen gekürzt werden, trifft es vor allem Kinder und deren Eltern, deren Förderung die Stadt Wien eigentlich im Auge hat. Es sind jene Kinder deren Eltern sich eine Matura für ihr Kind wünschen und die „Bildungsaufsteiger“ werden sollen. Die Angebote an Unverbindlichen Übungen, an Deutsch als Zweitsprache, an Förderkursen, an Klassenteilungen in Deutsch in der ersten Klasse und vieles Mehr werden dann nicht mehr möglich sein. Angebote zur Förderung von Begabten oder Leistungsstarken sind ohnehin schon lange nicht mehr möglich.

Es braucht mehr Ressourcen für besonders belastete Schulen, nicht nur im Pflichtschulbereich. Ob die Aufteilung nach dem sog. Sozialindex dafür geeignet ist, ist zu hinterfragen. Die Daten aus diesem Index basieren größtenteils auf den Befragungen der SchülerInnen im Rahmen der Pisa- und Bildungsstandardtestungen. Und ob ein Kind der 4. Klasse Volksschule die finanzielle Situation der eigenen Familie wirklich einschätzen kann bzw sich traut eine schwierige Lage auch anzugeben oder pubertierende 15-Jährige nicht aus Jux und Tollerei irgendetwas ankreuzen, lässt sich nicht wirklich nachvollziehen.

Der VEV unterstützt die Forderung nach Zusatzressourcen und mehr Supportpersonal. Natürlich gibt es Herausforderungen in Brennpunkt-Schulen. Wenn man jedoch den anderen Schulen Ressourcen wegnimmt, besteht die Gefahr, dass auch diese Schulen Brennpunktschulen werden. Es darf nicht eine Schule gegen die andere oder ein Schultyp gegen den anderen ausgespielt werden.